

Stadt, Land – gleich?

Kommission will Lebensverhältnisse verbessern

Auf der einen Seite gut ausgebaute Straßen, belebte Fußgängerzonen und ein Überangebot an Ärzten, auf der anderen Seite marode Straßen, leer stehende Geschäfte und weite Wege zum Hausarzt. Die Lebensverhältnisse in Deutschland unterscheiden sich zum Teil erheblich – nicht nur zwischen Stadt und Land. Eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission will das jetzt ändern.

Das Gremium soll konkrete Vorschläge erarbeiten, wie künftig Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen gerecht verteilt werden können. Damit reagiert die Große Koalition auf das anhaltende Auseinanderdriften von Ballungsräumen und ländlichen Gebieten. Erklärtes Ziel ist es, allen Bürgern faire Chancen auf echte Teilhabe zu geben – unabhängig von ihrem Wohnort. Das betrifft in erster Linie Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Auf der Agenda steht aber auch die sogenannte Daseinsvorsorge: Schulen, medizinische Versorgung, Kultur- und Freizeitangebote sowie die technische Infrastruktur wie zum Beispiel Wasser, Abwasser, Müllentsorgung, Energie und Straßen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Abwanderung von Arbeitskräften. Strukturschwache Kommunen haben häufig damit zu kämpfen, dass jüngere, meist gut ausgebildete Menschen wegziehen. Dagegen profitieren Boom-Regionen wie München in hohem Maße vom Zuzug qualifizierter Arbeitnehmer aus dem In- und Ausland. Um mehr Chancengleichheit zu erreichen, will die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bis zum Jahr 2019 ein neues Fördersystem für strukturschwache Regionen entwickeln.

Seehofer übernimmt Vorsitz

Unter dem Vorsitz von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gehören dem Gremium neben dem Bundeskabinett auch die Länder und kommunalen Spitzenverbände an. Geplant ist die Einsetzung von sechs Facharbeitsgruppen, die sich mit folgenden Schwerpunktthemen auseinandersetzen sollen:

- Kommunale Altschulden
- Wirtschaft und Innovation



Foto: fotolia.com/DOC RABE Media

In ländlichen Gebieten herrscht häufig Ärztemangel.

- Raumordnung und Statistik
- Technische Infrastruktur
- Soziale Daseinsvorsorge und Arbeit
- Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft

Fragen der medizinischen Versorgung haben keinen eigenen Themenstatus, sondern werden in der Arbeitsgruppe „Soziale Daseinsvorsorge und Arbeit“ behandelt. Ihren Abschlussbericht will die Kommission im Herbst 2020 vorlegen.

Finanzierung als Knackpunkt?

Die Umsetzungsphase wird vor allem von einer Frage geprägt sein: Können sich die 16 Bundesländer auf eine gerechte Verteilung der benötigten Finanzmittel einigen? Widerstand droht nicht zuletzt aus finanzstarken Ländern wie Bayern, das schon beim Länderfinanzausgleich Reformen durchsetzte. In puncto Krankenkassenfinanzierung über den bundesweiten Gesundheitsfonds sieht die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, ebenfalls Reformbedarf: „Wir brauchen mehr Verteilungsgerechtigkeit. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass das Geld der bayerischen Beitragszahler stärker dem bayerischen Gesundheitssystem zugutekommt.“ Um die Benachteiligung von Hochlohn- und Hochpreisregionen wie Bayern zu beenden, will die CSU-Politikerin den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) um einen Regionalfaktor erweitern.